

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Frauen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Mit den Beilagen: Für unsere Kinder. — Die Frau und ihr Haus

Die Gleichheit erscheint 2 mal im Monat
Preis: Vierteljährlich 3. — Mark
Inserate: Die 5 gespaltene Spaltenzeile 3. — Mk. und 30%
tariflichen Voreinstufungssatz, bei Wiederholungen Rabatt

Berlin
1. Januar 1922

Zuschriften sind zu richten an die
Redaktion der Gleichheit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Amt Westplatz 14835
Expedition: Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Dem Proletariat zum neuen Jahre!

Noch breitet ihre dunklen Schwingen
Die Nacht auf alle Gassen aus;
Des Jahres erste Glocken klingen,
Ein Grüßen geht von Haus zu Haus!
Verzinken soll, was schwach und trübe.
Gesunden soll, was elend war —
Viel fromme Wünsche bringt die Liebe,
Viel frischen Mut die Hoffnung dar.

Doch alles Wünschen, alles Hoffen
Ist machtlos wider eure Not;
Der Zukunft Tore stehen offen:
Sie deckt den Tisch euch ohne Brot.
Sie füllt mit Wermut euch den Becher
Und höhnt der Armut bitteres Leid,
Das nach dem Rechte, nach dem Rächer,
Dem neuen Jahre entgegenschreit!

Das neue Jahr bringt keine Wende, —
Wenn ihr nicht selbst die Helfer seid:
In euren Kästen schläft das Ende,
In euren Hirn die neue Zeit!
Erwacht aus dumpfen Sehnsuchtsträumen,
Euch ruft der Tag, auch ruft die Tat —
Schon schwillt der Lenztrieb an den Bäumen,
Und unter Schreieast grünt die Saat!

Das neue Jahr bringt keine Wende,
Kein Ruf erreicht ein gnädig Ohr:
Auf Brüderracht und Segenspende
Vertraut der hoffnungsfrohe Tor.
Auch wer sich regt, dem wird es glücken,
Die Freiheit hat, wer sie sich schafft —
Erhebt das Haupt: auf eurem Rücken
Tragt ihr die Welt! Ihr seid die Kraft!

Clara Müller-Jahnske.

Unsere Arbeit im neuen Jahre

Von Clara Bohm-Schuch

Ein hartes Jahr geht zu Ende; ein neues beginnt, das kaum leichter sein wird für die arbeitende Menschheit. Wir wissen nicht, was die Zukunft bringt — und das ist gut so. Aber gut ist es auch und notwendig dazu, an geleisteter Arbeit und ihrem Erfolg zu messen, was uns zu tun übrig blieb und wie wir etwas besser machen können, um erfolgreicher zu wirken.

Mit dies ganz allgemein für die Betätigung im privaten und öffentlichen Leben, so gilt es im besonderen für uns alle als Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei. Nachdem die Novemberrevolution alle Beschränkungen des Koalitionsrechtes beseitigt hätte, erhielten die freien Gewerkschaften einen ungeheuren Zustrom neuer Mitglieder; ein Beweis dafür, daß die Notwendigkeit der gemeinsamen Vertretung wirtschaftlicher Interessen durch starke Organisationen im weitesten Kreise erkannt war. In dem gleichen Tempo ging es mit der politischen Organisation nicht; die Spaltung innerhalb der Sozialdemokratie tat ihr Teil dazu. Immerhin konnte unsere Partei einen starken Zuwachs verzeichnen. Nicht alle blieben bei uns, die von den Wogen der Revolution in unsere Kampfgemeinschaft getragen wurden, nicht alle wurden Sozialdemokraten, die damals als Mitglieder

zu uns kamen. Es fehlte ein Sehen und Admen ein, aber der Bleibenden waren mehr, so daß unsere Partei ständig wuchs. Auf die Dauer aber leider nur an männlichen Mitgliedern; die Zahl der bei uns organisierten Frauen ist in den letzten zwei Jahren um 30 000 zurückgegangen.

Wenn auch kaum anzunehmen ist, daß diese Frauen sich anderen Organisationen zugewendet haben, so muß der Rückgang doch im Zusammenhang mit dem Ausgang sämtlicher Wahlen, die in diesem Zeitraum stattfanden und die insgesamt eine Schwächung der sozialistischen Parteien bedeuteten, sehr bedenklich stimmen. Die Frauen sind als Wählerinnen, da sie zahlenmäßig das Übergewicht haben, ausschlaggebend geworden für die Entwicklung der deutschen Republik. Vielleicht sogar für das Bestehen derselben. Für unsere Partei aber bedeutet ihre Gewinnung und Erziehung zu überzeugten Sozialistinnen eine Lebensnotwendigkeit. Die wirtschaftliche Notlage, in der sich ein großer Teil der Arbeiterschaft befindet, erklärt gewiß zu einem Teil den Rückgang der weiblichen Mitglieder, besonders da, wo es sich um Frauen von organisierten Genossen handelt. Es muß leider im Arbeitshaushalt überall gespart werden, und wenn die Frau kein eigenes Einkommen hat, ist sie mehr noch geneigt, die persönlichen Ausgaben auf das Mindestmaß einzuschränken. Andererseits ist durch Anerkennung

dieser Tatsache festgestellt, daß es uns nicht gelungen ist, einen größeren Teil selbständig erwerbender Frauen und Mädchen zu organisieren. Die Gewinnung unserer männlichen Mitglieder vollzieht sich zu einem großen Teil an der Arbeitsstätte, und dies ist auch sicher für die Erfassung der arbeitenden Frauen der geeignetste Boden. Diese Arbeit kann aber zu einem großen Teil nur von den männlichen Berufskollegen geleistet werden. Leider ist die Spaltung der politischen Arbeiterparteien auch hier ein großes Hindernis.

Wir werden aber auch mehr auf die Mittel zurückgreifen müssen, durch deren Anwendung wir als Partei groß geworden sind. Die Hausagitation, die Aussprache von Mund zu Mund in einfachster Form muß wieder geübt werden. Das ist keine Arbeit, die hinausklingt in die Welt. Sie ist schwer, aber wertvoll; sie trägt ihren Segen in sich. Ausgeübt kann sie allerdings nur werden von überzeugten Sozialisten und Sozialistinnen. Auch beim Flugblattverteilen, beim Einladen zu unseren Zusammenkünften kommt es so sehr darauf an, von wem es geschieht und daß ein Wort dabei gesprochen wird.

Durch die Revolution ist unsere Stellung zum Staat eine völlig veränderte geworden. Wir haben als Partei und als Person die Verpflichtung, an der Entwicklung der deutschen Republik mitzuarbeiten. Dazu bedarf es eines Aufwandes an Kräften, die oft in den einzelnen Bezirken in dem notwendigen Umfange nicht vorhanden sind. Die vorhandenen werden überlastet und darunter leidet, naturgemäß die Werbearbeit für unsere Partei auch. Für die Frauen trifft dies wieder in besonderem Maße zu. Wir sind notwendig für die Durchführung der gesetzgeberischen Arbeiten, ganz besonders für die Mitarbeit in den Gemeindevorstellungen, aber verhältnismäßig wenige nur sind vorhanden, die das Können und die Zeit haben, sich dieser Arbeit zu widmen. Eng zusammen mit der kommunistischen Betätigung der Frauen hängt die Arbeit auf dem gesamten Gebiete der Wohlfahrtspflege. Deshalb sah der Parteivorstand sich vor zwei Jahren veranlaßt, den Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt ins Leben zu rufen, der in Unterausschüssen über das ganze Reich verzweigt ist. Es ist zweifellos, daß die meisten Frauen die Wohlfahrtsaufgaben mit starkem Interesse erfüllen. Auch deshalb, weil sie ihnen begrifflich näher liegen als Wirtschaftsfragen und Politik. Damit ist aber gleichzeitig die Gefahr verbunden, daß die Aufgaben der Wohlfahrtspflege die Wichtigkeit der politischen Arbeit vergessen wird. Da es sich häufig aber auch um denselben Personenkreis handelt, tritt eine Überlastung der einzelnen Persönlichkeit ein, die sich nach irgendeiner Seite auswirken muß. Und Leidtragende ist hierbei fast immer die politische Organisation. Um diesen Uebelstand zu heben, ist es notwendig, die Arbeit zu teilen und für beide Gebiete neue Kräfte heranzubilden. Ueber die Notwendigkeit der wohlfahrtspflegerischen Arbeit gibt es wohl keine Meinungsverschiedenheiten in unserer Partei. Aber es muß auch vollkommene Klarheit darüber herrschen, daß die Voraussetzung für die Möglichkeit dieser Betätigung eine Beeinflussung der Gesetzgebung in unserem Sinne ist, und dafür wiederum ist Voraussetzung, daß wir in den gesetzgebenden Körperschaften wirklich als ausschlaggebende Macht vertreten sind. Das heißt: wir haben zuerst dafür zu sorgen, daß immer größere Massen von der Richtigkeit der sozialistischen Politik überzeugt werden und bei den Wahlen den sozialistischen Parteien ihre Stimme geben. Dieses Ziel werden wir aber nicht erreichen durch starke Agitation in der Wahlzeit, sondern nur durch ganz systematische Arbeit zur Gewinnung und Schulung neuer Parteigenossen und -genossinnen. Die politisch Organisierten müssen der Sauerteig für die große Masse der politisch noch

nicht Reifen sein. Zu diesen Massen gehören vor allen Dingen auch die Jugendlichen, und es ist notwendig, daß die Frauen in der Mitarbeit in der Jugendbewegung wieder wie früher eine ihrer Hauptaufgaben erblicken.

Das beste Schulungsmittel für die neugewonnenen Genossinnen ist unsere „Gleichheit“. Wenn auch die Leserschaft im verflossenen Jahre stark gestiegen ist, so ist doch weitere unermüdlige Werbearbeit für unser Blatt notwendig im Interesse unserer Partei.

Genossinnen, wir alle müssen versuchen, im neuen Jahre den Verlust an weiblichen Mitgliedern wieder auszugleichen. Der Rückgang ist eine ernste Mahnung, daß unsere Arbeit anders als bisher der Partei gelten muß. Wir müssen durch die Partei der gesamten Politik, deren Auswirkungen wir im täglichen Leben alle fühlen, den Weg weisen, den wir gehen wollen! Den Weg zum Sozialismus!

Amsterdam

Zweck der vom Internationalen Gewerkschaftsbund nach Amsterdam einberufenen internationalen Konferenz war, über die Aktion der Arbeiterorganisationen zugunsten des Friedens zu beraten und zu proklamieren, daß die organisierte Arbeiterschaft in dem Kampf gegen Krieg und Militarismus ein Hauptziel ihrer Aktion erblickt.

Die internationale Gewerkschaftsbewegung erachtet, als ihre Pflicht, ihre zu verschiedenen Zeiten wiederholt gegebenen Erklärungen in verstärkter Form wieder zu erneuern und zu verkünden, daß sie ihre Ziele nur zu erreichen vermag durch die Aufrechterhaltung des Friedens, durch eine Verständigung der Völker, durch die Unterdrückung aller Ursachen der internationalen Konflikte.

Die auf der Konferenz vertretenen internationalen Berufsorganisationen haben die vom Internationalen Gewerkschaftsbund in Angriff genommene Aktion gebilligt, und erklärt, daß sie es als eines der wesentlichsten proletarischen Kampfziele und als ihre Pflicht gegenüber der gesamten Arbeiterklasse betrachten, durch eine gemeinsame, systematische Aktion die Herstellung und den Transport von Kriegsmaterial oder von sonstigem Material, das zur Fortführung der Kriege unerlässlich ist, zu verhindern und sich zu weigern, dem Kriege neue Nahrung zuzuführen.

Zur selben Stunde, wo die Vertreter der Regierungen sich in Washington versammelten, wollten die Arbeiterorganisationen dem Willen und Entschluß der Arbeiter Ausdruck geben, alles ins Werk zu setzen, um — mit der Befestigung eines dauernden Friedens — die allgemeine Abrüstung herbeizuführen, die auch nach dem Weltkrieg von den Staaten nicht verwirklicht wurde.

Die internationale Konferenz in Amsterdam hat den Arbeitern aller Länder in Erinnerung gebracht, daß es ihre Pflicht ist, den Kampf aufzunehmen gegen Militarismus und Wettrüsten, und ihre Bemühungen ständig darauf gerichtet sein müssen, von den Regierungen die Beseitigung der Militärlasten und Einstellung der Kriegsvorbereitungen zu fordern, die allüberall auf die erschöpften Völker drücken, gleichzeitig das Werk des Wiederaufbaues verhindern und ein Hindernis für den Fortschritt wie eine Bedrohung für den Weltfrieden bilden.

Mit Rücksicht auf den Umstand, daß die private Kriegswirtschaft eine der hauptsächlichsten Ursachen des Rüstungsfiebers ist; daß dergestalt das Einvernehmen zwischen den Völkern abhängig ist von privaten Interessen; daß sie dem Kapitalismus eine der fürchterlichsten Handhaben bietet, um Leben und Sicherheit der Völker zu bedrohen, ist es Pflicht und Schuldigkeit der organisierten Arbeiter aller Länder, die Unterdrückung der privaten Waffen- und Munitionsfabrikation sowie jeglicher Kriegsmaterialfabrikation überhaupt zu fordern.

Die Arbeiterorganisationen erwarten die Durchführung

dieser ersten Maßnahme und werden danach die Aufrichtigkeit der Friedensversicherungen der Regierungen zu beurteilen haben.

Die organisierten Arbeiter werden sich alle während des Krieges und nach dem Waffenstillstand gemachten Versprechungen und in Erinnerung rufen, um deren Verwirklichung zu fordern und für ihre Durchsetzung bereit zu sein. Zur Erreichung dieser Ziele muß das organisierte Proletariat von allen Formen des Kampfes Gebrauch machen.

Die Amsterdamer Konferenz wünscht schließlich angeichts der Washingtoner Regierungskonferenz feierlich festzustellen, daß die Werktätigen aller Länder den Frieden wollen, und die internationale Gewerkschaftsbewegung für die Erhaltung des Friedens kämpfen wird unter der Losung: „Krieg dem Kriege! Keinen Mann und keinen Groschen für den Militarismus! Keine Arbeit mehr für das Werk des Mordens!“ Leon Jouhaux.

Der nächste Krieg

Es scheint, daß die Menschheit in der Tat unbelehrbar ist. Noch lange haben wir uns von den Schrecken des Krieges nicht erholt, da kommen schon Nachrichten von allen Seiten, daß die Menschen darüber sinnen, wie sie einen nächsten Krieg noch grauenvoller, noch schreckensreicher gestalten könnten. Lida Gustava Heymann schreibt einen Artikel in der „Frau im Staat“, in dem sie ein Buch bespricht von Will Irwin: „The next war“ (Der nächste Krieg), erschienen bei E. P. Dutton in New York. Dort heißt es Seite 37: „Zur Zeit des Waffenstillstandes wurde bei uns für den Frühjahrsfeldzug 1919 unser Lewisgas hergestellt. Es ist dies ein sinkendes, unsichtbares Gas, welches die Flüchtlinge aus den Kellern und Gräbern herausschreibt; wer es einatmet, stirbt sofort. Aber es tötet nicht nur durch Einatmen; wenn es mit der Haut in Berührung kommt, dringt es in den Körper ein, durchdringt den Organismus und führt den Tod herbei; es zerstört alle lebenden tierischen und vegetabilischen Zellen. Es gibt keine Schutzmaßnahmen, die diesem Gift standhalten. An Ausdehnungsfähigkeit übertrifft es die im Weltkrieg angewandten Gase um das 55fache. Ein Duzend Lewisgasbomben sollen bei günstigem Winde genügen, die Bevölkerung Berlins zu vernichten. Der Waffenstillstand kam, aber die Gaswissenschaftler forschten weiter.“ Will Irwin scheint aber durchaus nicht vereinzelt mit seinen Prophezeiungen dazustehen. In dem genannten Artikel von Lida Gustava Heymann wird Edwin C. Hill zitiert, der im „New York Herald“ schreibt: „Im letzten Kriege erfüllten große Kanonen von der Nordsee bis zu den Alpen die Ohren der Krieger mit höllischem Lärm. Der nächste Krieg wird sich in Todesstille abspielen, durchbrochen nur von dem Aechzen und Schreien Blinden und Verbrannten. Kriege der Vergangenheit waren Konflikte zwischen Artillerie und Ingenieuren, plumpe Duelle mit plumpen Werkzeugen, nicht sehr verschieden von denen, die Napoleon, Grant und Moltke bemühten. Kriege der Zukunft werden unausdenkbar schauerliche Kämpfe sein, geführt von älteren und mittelalten bebrillten Männern, im Laboratorium sitzend, über Kriegsbeere, Schlachtschlotten und große, hilflose Städte Miasmen des Todes ausstreuend, die nicht nur den Körper zerstören, sondern den Geist zermürben durch Furcht und starre Angst vor dem geheimnisvollen Unbekannten. — — Miasmen von flüchtigem, tödlichem Gift, Gift, welches wie Regen aus den Wolken fällt, wörtlich genommen ein Regen des Todes; Gift, welches sich wie Sumpffieber über weite Ebenen verbreitet; Gift, welches aus Höhen mittels Luftdruck verstoßen, geräuschlos sich entläßt und sich zum Meister der Welt macht. Das bedeutet der chemische Krieg der Zukunft, und der menschliche Geist ist vorläufig noch nicht fähig, sich die Schrecken auszumalen, die er auslösen wird. Große Städte, durch Ozeane von ihren

Feinden getrennt, ruhig in vermeintlicher Sicherheit, werden nachts aus dem Schlaf geschreckt werden durch unsichtbare, hoch im dunklen Nebel kreisende Giftschiffe, die Tod und Verderben bringen. Die mächtigsten Festungen, die Menschenwerk jemals geschaffen hat, werden unter dem Regen in sich zusammenfallen. Armeen werden vernichtet, nicht länger Armeen sein, sondern Massen von blinden, schmerzzerstampften menschlichen Wesen, unfähig sich zu rühren, unfähig zu denken.

In all den Tausenden von Jahren, wo die Menschen aus Gier, Eigensucht oder Eifersucht gesonnen haben, andere Menschen zu vernichten, kam nichts Entschlicheres in der Kriegführung zur Anwendung als diese Giftgase. Die Möglichkeiten dieser Waffen sind grenzenlos. Von den den Menschen bekannten 220 000 Chemikalien sind erst 5 Prozent für die Giftgasexperimente versucht worden. Diese 5 Prozent im Weltkrieg angewandt, schufen Verlustlisten, wie die Welt sie noch nie erlebt hat.“

Senator Robert M. La Follette soll im amerikanischen Senat alle Einzelheiten des grauenvollen Gasgiftkrieges dargelegt und hinzugefügt haben, daß die Menschheit sich endlich darüber klar werden müsse, was es bedeute, daß die eifrigsten wissenschaftlichen Forschungen nach diesem Weltkriege darauf gerichtet seien, Werkzeuge der Zerstörung zu erfinden. Er soll seine Rede mit den Worten geschlossen haben: „Die Welt ist so brutalisiert, daß eine an der Spitze der Zivilisation marschierende Nation diejenigen mit Preisen und goldenen Medaillen belohnt und auszeichnet, welche die besten Methoden erfinden, Menschen und Eigentum zu vernichten. Das, was vorgeht, ist so teuflisch, daß die ganze Welt revoltieren muß, wenn sie erst begriffen hat, worum es sich handelt. Gegen diesen Wahnsinn gibt es nur ein Mittel: Kriege müssen aufhören. Diese Erkenntnis muß allen Parlamentariern und Regierungen endlich kommen. Diejenige Nation aber beweist den größten Mut und wird an der Spitze stehen, die bereit ist, die Wege zu weisen, die zum ständigen Frieden führen.“

Dies ist in knappem Auschnitt ein Teil der Tatsachen. Es klingt wie wüste Abenteurerromantik. Aber wir haben es schon gelernt, daß die Wirklichkeit selbst die größte Phantasie übertrifft. Und deswegen gilt es, nicht müßig zuzusehen. Wir müssen die Berufenen mobil machen, genaue Informationen zu sammeln, zu prüfen und dann zu handeln. Besonders aber scheint es eine Aufgabe der Frauen zu sein, hier nicht ein Unheil sich verbreiten zu lassen und zu warten, bis es zu spät geworden ist. Die Frauen müssen einen besonders starken Protest einlegen gegen den Plan einer so sinnlosen Vernichtung menschlichen Lebens.

Grete Fantl.

Verbesserung der Reichswochenhilfe

Auf Veranlassung unserer Fraktion ist im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags die Frage zur Sprache gekommen, wie die Leistungen der Wochenhilfe der jetzigen Teuerung einigermaßen angepaßt werden könnten. Ganz besonders steht der unerhört hohe Milchpreis in gar keinem Verhältnis zu dem Mindest-Stillgeld von 1,50 Mk. täglich. Aus diesem Grunde hatte unsere Fraktion den Antrag eingebracht, das Mindest-Stillgeld auf den Betrag für einen Liter Milch täglich zu erhöhen; die unabhängige Fraktion stellte daraufhin eine Reihe weitergehender Anträge, die wir größtenteils mit unterstützten.

Obgleich von keiner Seite die Berechtigung der verschiedenen Anträge angezweifelt wurde, hatten doch die Einwände der Regierung, die teils im Hinblick auf die technischen Schwierigkeiten, ganz besonders aber in finanzieller Hinsicht erhoben wurden, zur Folge, daß die Anträge abgelehnt wurden.

Nach längeren Verhandlungen kamen dann aber doch noch

zwei immerhin wertvolle Verbesserungen zur Annahme, und zwar:

1. Erhöhung des Stillgeldes. Das Stillgeld beträgt in Zukunft:

- a) für die frankenversicherte Wöchnerin die Hälfte des Krankengeldes, mindestens 4,50 Mk. (bisher 1,50) täglich;
- b) für Frauen, Töchter usw. von Versicherten sowie
- c) für minderbemittelte Wöchnerinnen 4,50 Mk. (bisher 1,50) täglich.

2. Erhöhung der Einkommensgrenze für minderbemittelte Wöchnerinnen. Diese Einkommensgrenze betrug bisher 10 000 Mk. und ist jetzt auf 15 000 Mk. erhöht worden. Dadurch wird erfreulicherweise eine Reihe der Ärmsten der Armen, die ein ganz kleines Einkommen haben, aber nicht versichert sind, in Zukunft von der Wochenhilfe nicht mehr ausgeschlossen sein.

Nur wird die Zustimmung des Reichsrats noch erforderlich sein, die hoffentlich bis zum Erscheinen dieser Zeitung bereits erfolgt sein wird. Ausdrücklich ist sowohl seitens der Regierungsvertreter wie auch seitens der Gesetzgeber ausgesprochen worden, daß diese Verbesserungen auch für solche Fälle maßgebend sein sollen, die von dem Tage der Verlöbung eintreten, für die aber an diesem Tage noch Leistungen fällig sind, und zwar für die nach dem Tage der Verlöbung noch zu zahlenden Beträge.

Louise Schroeder.

Neue sozialpolitische Gesetzentwürfe

Von Elli Radtke

In den vergangenen Wochen sind verschiedene neue sozialpolitische Gesetze beraten worden, die sämtlich von größter Wichtigkeit für die arbeitende Bevölkerung sind. Es soll hier in aller Kürze einiges von den in Frage stehenden Neuerungen gesagt werden.

Im vorläufigen Reichswirtschaftsrat ist der Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter behandelt worden. Dem Entwurf liegen die seitens der Internationalen Arbeiterorganisation des Völkerbundes in Washington getroffenen Bestimmungen zugrunde. Das Washingtoner Uebereinkommen sieht die Einführung des Achtstundentags bzw. der 48-Stundenwoche in gewerblichen Unternehmungen vor. Der deutsche Gesetzentwurf erfaßt aber nur die Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter, anstatt der in gewerblichen Betrieben. Dadurch sind die kaufmännischen und Bureauangestellten der Betriebe ausgenommen. Es soll für letztere ein besonderer Gesetzentwurf ausgearbeitet werden. Warum man diese Trennung vorgenommen hat, ist nicht recht klar. Es wäre entschieden nützlicher gewesen, die Angestellten mit in die Bestimmungen einzubeziehen. Des weiteren werden Landarbeiter und Hausgehilfen von dem Gesetz nicht betroffen, ebenso die Verkehrsbetriebe, wie Eisenbahnen, Kleinbahnen, Straßenbahnen, Wasserstraßen sowie andere, dem allgemeinen Verkehr dienende Verkehrsmittel und die an der Post- und Telegraphenverwaltung Beschäftigten. Auch die Familienangehörigen des Unternehmers, die im Betriebe beschäftigt werden, sind nicht mit eingeschlossen. Der Gesetzentwurf bezieht sich nur auf Arbeiter, Werkmeister und auch Techniker. Die Vorschriften über Sonntagsruhe werden von dem Entwurf nicht berührt, ebenso die Urlaubsfrage nicht.

Der Gesetzentwurf findet allgemeinen Widerspruch bei den Arbeitnehmern, weil er deren Wunsch nach einer einheitlichen Regelung der Arbeitszeit für alle Arbeitnehmer nicht entspricht. In dieser allgemeinen einheitlichen Regelung der Arbeitszeit sieht die Arbeiter- und Angestelltenchaft die Gewähr für die Innehaltung des Achtstundentages, für dessen Erhaltung sie mit allen Kräften sich einsetzen wird. Der Achtstundentag, eines der hauptsächlichsten Errungenschaften der Revolution, ist in Gefahr. Die Unternehmer haben keinen schnelleren Wunsch, als ihn jetzt nach und nach wieder zu beseitigen. Man versucht ihn unter Anführung aller möglicher Gründe zu durchlöchern und hofft nach einiger Zeit ihn für immer erledigt zu haben. Eine große Gefahr bilden hier die Ueberprüfungen, die sich von der Ausnahme zur Regel auszuwickeln drohen. Auch in der bürgerlichen Presse liest man ständig Klageklieber über den Achtstundentag und die Aufforderung, die Arbeiter

zu „Mehrleistungen“ zu veranlassen. Der neue Gesetzentwurf tritt diesen Wünschen der Unternehmer nun nicht etwa energisch entgegen, nein, er begünstigt sie sogar, indem er in einer großen Reihe von Ausnahmefällen die Durchbrechung der sechstägigen 48-Stundenwoche zuläßt. Es sind zwölf Punkte vorgesehen für Fälle, in denen ein Abweichen von der Regel gestattet ist. Diese zwölf Punkte bedürfen der sorgfältigsten Nachprüfung und erheblicher Einschränkung. Wir dürfen uns nicht darin täuschen, daß bei Inkrafttreten des Gesetzes in dieser Form die Ausnahme die Regel und der Achtstundentag die Ausnahme werden wird. Auch die Nachtarbeit jugendlicher Arbeiter über 16 Jahre in Eisen- und Stahlwerken, Gießereien, Papierfabriken und Holzwerkstofffabriken ist nach diesem Gesetzentwurf ohne weiteres gestattet, ebenso die Nachtarbeit für Arbeiterinnen in Gewerbebezügen, in denen diese „zur Verhütung des Verderbens von Rohstoffen oder des Wühlens von Arbeitserzeugnissen dringend erforderlich ist“. Kann hier noch von einem Schutz der Arbeitnehmer gegenüber der Ausbeutung durch das Unternehmertum, den wir von einem Gesetz verlangen, die Rede sein? Die Jugendlichen sind sehr schlecht weggekommen. Für sie hat nach dem Entwurf die Arbeitswoche einschließlich der Unterrichtszeit in der Pflichtfortbildungsschule 54 Stunden!

Die Arbeiter müssen durch ihre Vertreter in den Parlamenten und in den Gewerkschaften dafür sorgen, daß dieser Gesetzentwurf gründlich revidiert wird.

Weiter wird im Reichswirtschaftsrat seit langem die neue Schlichtungsordnung beraten. Es hat sich nun jedoch gezeigt, daß eine Einigung zwischen den Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter nicht zu erzielen war. Die Unternehmer lehnten die Zustimmung zu dem bisherigen Gesetzentwurf ab, weil er ihnen nicht scharf genug war, die Arbeiter dagegen, weil sie ihn trotz der vorgenommenen Verbesserungen nicht akzeptieren konnten. Von Seiten der den freien Gewerkschaften angehörenden Ausschussmitglieder wurde eine Erklärung folgenden Wortlauts abgegeben:

„Die den freien Gewerkschaften angehörenden Ausschussmitglieder erblicken in der vom Sozialpolitischen Ausschuss angenommenen Fassung des § 55 der Schlichtungsordnung eine unerträgliche Einschränkung des Streikrechts. Die Arbeitnehmervertreter sehen sich deshalb gezwungen, dem vom Sozialpolitischen Ausschuss beschlossenen Gesetzentwurf einer Schlichtungsordnung ihre Zustimmung verweigern zu müssen.“

Dieser Gesetzentwurf muß also auch weitgehende Änderungen erfahren, wenn er überhaupt diskutabel sein soll.

Die so wichtige Frage der Arbeitslosenversicherung behandelt ein Referentenentwurf zu einem Gesetz über eine vorläufige Arbeitslosenversicherung, der in Nr. 24 des „Reichsarbeitsblatts“ veröffentlicht worden ist. Die Beratungen mit den Vertretern der Arbeitgeber-, Arbeiter- und Angestelltenverbände sind darüber noch nicht abgeschlossen. Es handelt sich hier nur um eine „vorläufige“ Regelung, so daß wahrscheinlich mit einem späteren weitergehenden Ausbau dieser Versicherung zu rechnen ist.

Der Entwurf sieht die Uebertragung der Arbeit dieser neuen Versicherung auf die Krankenkassen und die Arbeitsnachweise vor. Die Krankenkassen sollen die Beiträge einziehen, die Arbeitsnachweise die Unterstüzungen auszahlen. Die Höhe der Beiträge ist noch nicht festgelegt. Ein 28köpfiger Reichstagsausschuß soll sich mit dieser Frage im Einvernehmen mit dem Reichsarbeitsminister befassen. Die eingegangenen Beiträge werden von den Krankenkassen an eine zu bezeichnende amtliche Stelle abgeführt, die dann den einzelnen Gemeinden die Gelder für die Arbeitslosenunterstützung und die Arbeitsvermittlung überweist. Die Gemeinden haben dabei ein Drittel der Kosten des Arbeitsnachweises selbst zu tragen. Im übrigen soll das Reich schwachen Landesklassen Zuschüsse gewähren.

Versichert werden diejenigen Arbeitnehmer, die zur Krankenversicherung verpflichtet sind. Die Arbeitslosenversicherung gewährleistet in der Hauptsache Arbeitslosenunterstützung, Versorgung Arbeitsloser für den Krankheitsfall und Kurzarbeiterunterstützung. Der Entwurf sieht noch eine ganze Reihe Bestimmungen vor, wann und warum die Unterstützung entzogen oder verweigert werden kann. Ein Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung kann erst dann gemacht werden, wenn der Versicherte in den 24 Monaten vor Eintritt der Arbeitslosigkeit während 26 Wochen Beiträge gezahlt hat. Nach 26wöchiger Unterstützung ist der Anspruch erloschen. Der Versicherte muß wieder weitere

26 Wochen Beiträge zahlen und hat dann Anspruch auf neue Unterstützung.

Es wäre gewiß richtiger gewesen, die bisherige Erwerbslosenunterstützung, die noch auf die Demobilisationsbestimmungen zurückzuführen ist, so lange aufrechtzuerhalten, bis die Wartezeit der Versicherten für die neue Arbeitslosenversicherung erfüllt ist. Nach dem Gesetzesentwurf soll mit dem Tode des Inkaftretens des neuen Gesetzes die bisherige Verordnung über Erwerbslosenfürsorge außer Kraft treten. Dadurch wird ein Zeitraum geschaffen, der ohne Unterstützung ist. Da das natürlich nicht geht, sollen Unterstützungen zunächst ohne die Erfüllung der sonst nötigen Wartezeit geleistet werden. Besonders hervorgehoben wird noch in dem Entwurf, daß die Leistungen aus diesem Gesetz nicht als öffentliche Unterstützung angesehen werden dürfen, was selbstverständlich auf keinen Fall angängig wäre. Es handelt sich ja hier um eine Form von Versicherung, zu der neben der Beteiligung des Reichs, der Länder und der Gemeinden sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer selbst je die Hälfte der Beiträge zu zahlen haben.

Der Reichstag verabschiedete kürzlich ein Notgesetz für die Invalidenrenten unter der Bezeichnung „Gesetz über Notstandsmassnahmen zur Unterstützung von Renteneempfängern aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung“. Das Neue an diesem Gesetz ist, daß die darin bestimmten Unterstützungen seitens der Gemeinden nur bei Bedürftigkeit und auf Antrag zu gewähren sind. Die Unterstützung ist so zu bemessen, daß das Gesamtjahreseinkommen des Empfängers einer Invaliden- oder Altersrente den Betrag von 3000 Mk., einer Witwen- oder Witwerrente den Betrag von 2100 Mk., einer Waisenrente den Betrag von 1200 Mk. erreicht. Sind Kinder unter 15 Jahren da, so wird das Mindesteinkommen für die ersten drei Kinder um je 500 Mk., für die weiteren Kinder um je 600 Mk. erhöht. Elternlose, von den Renteneempfängern unterhaltene Enkel gelten ebenso wie Kinder. Ein Arbeitsverdienst des Renteneempfängers bis zum Betrage von 2000 Mk. wird nicht angerechnet, desgleichen nicht Bezüge aus öffentlichen oder privaten Unterstützungseinrichtungen bis zur Höhe von 600 Mk. Witwenrenteneempfänger erhalten aber nur dann die Unterstützung, wenn sie im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes invalid sind. Die Anträge auf Gewährung der Fürsorge sind an die Gemeinde zu stellen. Die Kosten werden zu acht Zehnteln vom Reich und zu zwei Zehnteln von den Gemeinden getragen.

Das neue Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 in

Kraft, doch sind gegenwärtig die Ausführungsbestimmungen noch nicht erlassen. Es ist also nötig, daß sich jeder, der als bedürftig gilt, durch Antrag um die Unterstützung bemüht.

Ferner hat der Reichstag einer Erhöhung der Beamtengehälter zugestimmt. Die Reichsbesoldungsreform war schon lange nötig, doch ist sie nun in einer Form vorgenommen worden, die den schärfsten Widerspruch herausfordert. Während die höheren Beamten mit Rücksicht auf ihre „gesellschaftlichen Verpflichtungen“ in den Genuß einer ganz enormen Aufbesserung kommen, müssen sich die kleineren Beamten, Angestellten und Arbeiter mit gänzlich unzureichenden Aufschlägen begnügen. Die Spannung zwischen den großen und kleinen Gehältern ist völlig unsozial und muß in kürzester Zeit ausgeglichen werden. Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen haben der Reichsregierung bereits eine Denkschrift überreicht, in welcher eine Milderung der Grundgehälter gefordert wird, derart, daß die Abstände zwischen den unteren und mittleren gegenüber den oberen vermindert werden.

Recht und Wohlfahrtspflege

Von Bürgermeister Dr. Caspari (Brandenburg a. d. H.)

A. Familienrecht

A. Vormundschaft

(Fortsetzung)

Nach § 1785 BGB. hat jeder Deutsche die Vormundschaft, für die er von dem Vormundschaftsgericht ausgewählt wird, zu übernehmen. Seine Verpflichtung erfolgt durch das Vormundschaftsgericht zu treuer und gewissenhafter Führung der Vormundschaft. Sie geschieht mittelst Handschlages an Eidesstatt (§ 1789).

Der Vormund erhält eine Bestallung, die den Namen und die Zeit der Geburt des Mündels, die Namen des Vormundes, gegebenenfalls des Gegenvormundes und der Mitvormünder sowie im Falle der Teilung der Vormundschaft die Art der Teilung enthalten (§ 1791). Wer die Uebernahme der Vormundschaft ohne Grund ablehnt, ist, wenn ihm ein Verschulden zur Last fällt, für den Schaden verantwortlich, der dem Mündel dadurch entsteht, daß sich die Bestellung des Vormundes verzögert (§ 1787). Das Vormundschaftsgericht kann auch den zum Vormund Ausgewählten durch Ordnungsstrafen zur Uebernahme der Vormundschaft

* Feuilleton *

Welt und Ich

Im großen ungeheuren Ozeane
Willst du, der Tropfen, dich in dich verschließen?
So wirft du nie zur Perl' zusammenschließen,
Wie dich auch Fluten schütteln und Orkane!

Nein! öffne deine innersten Ozeane
Und mische dich in Leiden und Genießen
Mit allen Strömen, die vorüberfließen;
Dann dienst du dir und dienst dem höchsten Plane.

Und fürchte nicht, so in die Welt versunken,
Dich selbst und dein Ureignes zu verlieren;
Der Weg zu dir führt eben durch das Ganze!

Erst wenn du kühn von jedem Wein getrunken,
Wirft du die Kraft im tiefsten Innern spüren,
Die jedem Sturm zu Steh'n vermag im Tanze! Friedr. Hebbel.

Mutter!

Und wieder denke ich dein.
Vor mir wächst deine lichtumflossene Gestalt in die kalte, dunkle Nacht hinein. Mutter! Deine Gestalt, die schon so früh gebeugt war, dein Haupt, dessen braunes Haar sibirische Fäden dicht durchzog.

Und ich sehe dein von Gram und Sorgen zerschnittenes Antlitz, in das Not und Qual ihre ewigen Runen gezeichnet,

welche wie ausgetretene Fahrstraßen sind, die dennoch einst zu blütenhellen Stunden führen sollten.

Und deine Sternaugen, Funken vom strahlenstirnigen Nachthimmel zum Schmutz deines Menschen heruntergeholt, in denen so übergroße Liebe verankert war. Ein geheimnisvolles Glühen ging von ihnen aus.

Ja, deine Augen. So rätseltief, so wie dunkelschattiger Abendhimmel, so nichtfagenwollend, was tief in dir erbebt, so, als verbargen sie das Wissen um das Letzte, welches nur einer Mutter gebührt. Mitunter, wenn die Kraft der Sonnenstrahlen auch deinen mühseligen Werkgang trafen, dann war es immer, als wenn Licht aus tiefen, tiefen Schächten hervorbrechen wollte.

In der letzten Zeit wurdest du immer trauriger, Mutter. Qualvolles Leid, schwarzes Gebirgsnachtsdunkel legte sich wie Schatten auf dein Gemüt und bange, bange Furcht floß wie tanzende gelbe Lichtlein aus deinen Augen.

Die Sorgen um das tägliche Brot und das Knechtigen um Mann und Kinder fraßen dir brennende Narben in deine Seele.

Dein goldenes Mutterherz verstand nicht den blutaussehenden Irrsinn: Krieg.

Und eines Morgens, als der Tag aufstand und wieder die Sonne ihre feuerbrandende Flammenmahnung über leichengebügten Schlachtfeldern und über friedenswollende Menschenheimat zündete, zerbrach der Mensch in dir die höhnisch grinsende Härte zeitlicher Form und der geigende Tod sprengte den Lebensreif, der niemals gülden dich umschlungen hatte.

anhalten (§ 1788). Da aber weiter bestimmt ist, daß die einzelnen Strafen den Betrag von 300 Mk. nicht übersteigen und mehr als drei Strafen nicht verhängt werden dürfen, kann also im schlimmsten Falle eine Geldstrafe von insgesamt 900 Mk. verhängt werden. Sofern also ein Schadenersatzanspruch des Mündels nicht besteht — seine Durchführung ist auch nicht gerade leicht, da der infolge der Ablehnung der Uebnahme der Vormundschaft entstandene Schaden bewiesen werden muß —, so ist hier der Dürdebergerei Tür und Tor geöffnet, zumal eine Umwandlung der Geldstrafe in Freiheitsstrafe unzulässig ist.

Grundsätzlich soll das Vormundschaftsgericht, sofern nicht besondere Gründe für die Bestellung mehrerer Vormünder vorliegen, für den Mündel und, wenn mehrere Geschwister zu bevormunden sind, für alle Mündel nur einen Vormund bestellen (§ 1775). Hieraus geht also hervor, daß auch Mitvormünder bestellt werden können, man denke z. B. an den Fall, daß zwei getrennte Vermögensverwaltungen zu führen sind: Der Mündel besitzt eine Fabrik in Berlin und ein Grundstück in Hannover. Grundsätzlich führen die Mitvormünder die Vormundschaft gemeinschaftlich. Bei Meinungsverschiedenheiten entscheidet das Vormundschaftsgericht, sofern nicht bei der Bestellung der Vormünder ein anderes bestimmt wird. Das Gericht kann aber auch die Führung der Vormundschaft unter mehrere Vormünder nach bestimmten Wirkungskreisen verteilen (§ 1797).

Mit dem Mitvormund nicht zu verwechseln ist der Gegenvormund. Nach § 1792 kann neben jedem Vormund ein Gegenvormund bestellt werden. Er soll bestellt werden, wenn mit der Vormundschaft eine Vermögensverwaltung verbunden ist, es sei denn, daß die Verwaltung nicht erheblich oder daß die Vormundschaft von mehreren Vormündern gemeinschaftlich zu führen ist.

Führung der Vormundschaft.

Der Vormund hat das Recht und die Pflicht, für die Person und das Vermögen des Mündels zu sorgen, insbesondere den Mündel zu vertreten (§ 1793). Der Vormund hat also dem Mündel gegenüber im wesentlichen die gleiche Stellung wie der Vater seinem Kinde gegenüber. Er ist der

gesetzliche Vertreter des Mündels. Daher hat er auch das Recht und die Pflicht, Rechtsgeschäfte aller Art für den Mündel abzuschließen oder zu den vom Mündel selbst zu schließenden Rechtsgeschäften seine Zustimmung zu geben oder zu versagen. Auch hat der Vormund Prozesse für den Mündel zu führen. Zu beachten ist, daß der Vormund grundsätzlich selbständig ist. Er handelt nach eigenem Ermessen und auf eigene Verantwortung. Das Vormundschaftsgericht ist grundsätzlich nur Aufsichtsinstanz über den Vormund; dies allerdings mit Ausnahmen. Ich verweise besonders auf die wichtige Bestimmung des § 1838, wonach das Vormundschaftsgericht von sich aus anordnen kann, daß der Mündel zum Zwecke der Erziehung in einer geeigneten Familie oder in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt untergebracht wird. Diese Anordnung kann das Vormundschaftsgericht auch gegen den Willen des Vormundes und ohne daß ihn ein Verschulden trifft, erlassen.

Das Gesetz hat eine Reihe von Fällen aufgestellt, in denen der Vormund den Mündel nicht vertreten kann (vergleiche hierzu unter § 1795).

Das Recht und die Pflicht des Vormundes, für die Person des Kindes zu sorgen, bestimmt sich nach den für die elterliche Gewalt geltenden Vorschriften der §§ 1631—1633 (§ 1800). Dem Vormund liegt nach dem Gesetz mithin auch die Sorge für die religiöse Erziehung des Kindes ob. Wenn der Vormund nicht dem Bekenntnis angehört, in dem der Mündel zu erziehen ist, so kann die Sorge für die religiöse Erziehung des Mündels dem Vormund von dem Vormundschaftsgericht entzogen werden (§ 1801). Die Fürsorge für die religiöse Erziehung ist dann Aufgabe eines für diesen Zweck bestellten Pflegers. Nach dem gegenwärtigen Stand der Gesetzgebung gelten diese Grundsätze auch für den Berufsvormund.

Hinsichtlich der Verwaltung des Mündelvermögens hat der Vormund grundsätzlich als gesetzlicher Vertreter nach seinem pflichtmäßigen Ermessen zu handeln; jedoch legt ihm das Gesetz auf: die Pflicht zur Inventarisierung (§ 1802), die Verpflichtung der mündelsicheren Anlage der Mündelgelder (§ 1806 ff.), die Hinterlegungspflicht gemäß § 1814, die Verpflichtung, bei bestimmten wichtigen Akten die Genehmigung

Und ich weiß um einen Jungen, der um seine Mutter bitterlich weinte — — — — —

Gestern war ich an deinem Grab. Weiß war die Erde, blühender Schnee bedeckte den Rasen. Blutrotes Licht zitterte durch die Bäume und um den kleinen Kapellenturm legte die Sonne einen Kranz wie von blühenden Frühlingsblumen; wie einen Ring ewigjunger Freude.

Da dachte ich der schönen Stunden, die wir trotz Alltag und Not verlebt hatten. Manche Stunde wurde mir lebendig. Wenn am Abend ringsum der Tag verschied, das milde Dämmerlicht so märchengleich durch das Fenster rann und göttliche Stille durch das Stübchen spielte, wenn dann Seesele zur Seele sprach; wenn ich meinen Kopf in deinen Schoß bergen durfte, deine arbeitsdurchstohenen Hände liebevoll meinen braunen Kinderscheitel streichelten und du mir mit oft tränenperlender Stimme von Freude und Kummer, Liebe und Leid deines borgenreichen Weges erzähltest, dann, o Mutter, stießen die Ringe meiner kindlichen Seele zusammen und die Blutbäche unserer beider Herzen mündeten in dem sternigen Flusse unseres Glückes, auf dem Schifflein mit weißen Segeln wie Schwäne stolz und sanft dahinfuhren und die Wellen ihre Freude sangen.

Wenn ich daran denke, bricht Schmerz in mir auf; eifige Starre greift in mein Blut. Aus meiner feuerjungen Seele schreit erinnerungsvolles Weh ob der Vergänglichkeit unseres Glückes. Und dennoch!

Mutter, höre mich reden:

Wenn ich an die Hoheit deiner Seele, an die Reinheit deines Lebens denke und den Atem deiner zu Freud und Leid immer sagenden Liebe sichbrausend höre, dann fühl

ich Kraft in mir emporsteigen. Wohin ich auch gehen mag und muß, so oft durch das Schmutzwirer der Gassen und durch das Gewölbe geistender Straßen: der Glaube an dich, das Aufbrennen deiner Worte läßt mich durch samtfarbene Wiesen schreiten, wo Gottesblumen ihre Heiligkeit entzünden. Der Adel eines Menschen, so rein und klein und schlüch, aber so gewaltig groß in dem bedingungslosen Verschwenden der Liebe, läßt mich das Dunkel ertragen.

Mutter, Mutter du . . .

Walther G. Dschilewski.

Die Vermittlerin

Gott sei Dank, noch ein Platz frei! Nun brauchte ich wenigstens während der Fahrt nicht stehen. Langsam setzte sich der Zug in Bewegung und fuhr aus der Halle. Ich wollte wissen, mit wem ich die nächsten Stunden verbringen mußte und ließ meine Augen wandern. Mir gegenüber ein älteres Ehepaar bäuerlicher Herkunft. „Sie“ wickelte umständlich derbe Brotschnitten aus und reichte dem Manne ein Stück, ohne ihn anzusehen. Der zog sein Messer, schnitt abwechselnd Brot und Speck und schob es in den weit aufgesperrten Mund. Seine derben Backenknochen traten beim Kauen scharf hervor, sein Kinn wurde eckig. Die Augen arbeiteten mit. „Sie“ ganz das Gegenteil von ihm. Klein, hager, nagte sie an einer Brotrinde, jedes Bröckchen, das vorbeifiel, sorgsam mit spitzen Fingern in den zahnslosen Mund stopfend. Der war manchmal so spitz zusammengezogen, daß ich dachte, sie wolle pfeifen.

des Vormundes oder des Vormundschaftsgerichts einzuholen (§§ 1812, 1813, 1821, 1822), ferner die Pflicht, dem Vormundschaftsgericht jederzeit über die Führung der Vormundschaft und über die persönlichen Verhältnisse des Mündels Auskunft zu erteilen (§ 1839), und besonders wichtig die Pflicht des Vormundes, über seine Vermögensverwaltung vorschriftsmäßige Rechnung zu legen (§§ 1840, 1841, 1842). Der Vormund haftet dem Mündel für jeden aus einer Pflichtverletzung entstehenden Schaden, wenn ihm ein Verschulden zur Last fällt (§ 1833).

(Fortsetzung folgt)

Besprecht das Parteiprogramm!

Von Hedwig Wachenheim (Schluß)

Das Erfurter Programm (Abs. 6) sagt, daß das Werk der Arbeiterklasse nur das ihre sein könne, weil alle anderen am Privateigentum, an Produktionsmitteln interessiert seien. Das Görlitzer Programm will, daß die Bewegung viel weitere Kreise umfasse, die inzwischen zum Teil auch schon zu ihr gestoßen sind, alle „körperlich und geistig Schaffenden, die auf den Ertrag eigener Arbeit angewiesen sind“ (Abs. 1). Sie sollen zusammengefaßt werden „zu gemeinsamen Erkenntnissen und Zielen, zur Kampfgemeinschaft für Demokratie und Sozialismus“ (Abs. 1). Diese Kampfgemeinschaft ist die Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Damit komme ich zu dem Weg, auf dem das Ziel der Partei erreicht werden kann. Lassalle nennt als Mittel, die klassenlose Gesellschaft herbeizuführen, das allgemeine Wahlrecht und will damit die Beeinflussung des Staates durch die Arbeiter herbeiführen. Auch das kommunistische Manifest sagte: „Der erste Schritt ist die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erklämpfung der Demokratie.“ Und das Erfurter Programm hatte festgelegt, daß der wirtschaftliche Kampf gegen die herrschende Klasse nicht geführt werden kann ohne die politische Macht. In den Schoenlantschen Erläuterungen heißt es: „Damit wir unser Endziel erreichen, muß die Arbeiterklasse in den Besitz der staatsbürgerlichen Rechte gelangen, welche eine

ungehemmte Wirksamkeit im öffentlichen Leben gewährleisten.“

In den Novemberstürmen von 1918 ist die Arbeiterklasse in den vollen Besitz der staatsbürgerlichen Rechte gelangt. Damit hat sie nicht die politische Macht erobert, aber die staatsrechtlichen Hindernisse, die der Eroberung entgegenstanden, beseitigt. Deshalb ist die Sozialdemokratische Partei heute „entschlossen, zum Schutze der errungenen Freiheit das letzte einzusehen, die Republik vor den Anschlägen ihrer Feinde zu sichern“. (Görlitzer Programm, Abs. 7 und 8.)

Und in dieser Republik „stellt sich eine gewaltig erstarkte Arbeiterbewegung dem Kapitalismus als ebenbürtiger Gegner“. (Görlitzer Programm, Absatz 5.)

Und ihre politische Organisation, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, erneuert nun das Bekenntnis des Erfurter Programms: „Sie kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst...“ (Görlitzer Programm, Absatz 9.). Wie das im einzelnen zu geschehen hat, kann nun nach mehr als 30jähriger Entwicklung, Beobachtung des Wirtschaftslebens gemäß sozialistischer Erkenntnis und praktischer politischer Arbeit in der Republik klarer gesagt werden. In Erfurt hieß es im wesentlichen, die herrschende Produktionsweise soll „für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion“ weichen. (Erfurter Programm, Absatz 5.) Nun heißt es ungefähr so: Der Volkswille ist im Volksstaat organisiert. In ihm soll der Volkswille auch die Herrschaft über die Wirtschaft erlangen. Das will die Sozialdemokratie!

„Die Ueberführung der großen konzentrierten Wirtschaftsbetriebe in die Gemeinschaft und darüber hinaus die fortschreitende Umformung der gesamten kapitalistischen Wirtschaft zur sozialistischen, zum Wohl der Gesamtheit betriebenen Wirtschaft erkennt sie als notwendige Mittel, um das schaffende Volk aus den Fesseln der Kapitalherrschaft zu befreien und die Produktionserträge zu steigern.“ (Görlitzer Programm Abs. 8.) Und dann wird ganz deutlich ausgesprochen, daß damit die Menschheit zu einer höheren Form der Gemeinschaft, zu einer sittlichen Form der Gemeinschaft geführt, die „Erneuerung der Gesellschaft im Geiste sozia-

Ich ließ meine Blicke weiter wandern und sah in zwei graue, müde Augen. Wo hatte ich diese Augen schon gesehen? Ich suchte in meiner Erinnerung, wußte aber nicht, an wen mich diese Augen erinnerten.

Neben mir sah eine junge Frau mit einem 4—5 Jahre altem Mädchen auf dem Schoß. Die Kleine schaute ungewandt in meinen Schoß, auf dem meine Handtasche lag. Sie hatte sich ein wenig geöffnet und zwei Äpfel, die mir meinen Durst löschen sollten, guckten rotbäckig daraus hervor. Verlangend sah die Kleine darauf. Schnell drückte ich ihr einen ins kleine Häufchen. Zwei Augenpaare sahen mich dankbar an. Die Mutter fing ein Gespräch an über das Wetter. Um Gottes willen, das hatte ich nicht gewollt. Ich war nicht in der Stimmung, banale Unterhaltungen anzuknüpfen und zog deshalb schnell meine „Gleichheit“ aus der Tasche und las.

Lange blieb ich nicht ungestört. Der Zug hielt auf einer kleinen Station. Wir bekamen Zuwachs. Ein alter Bruder Straubinger stieg in unser Abteil. Er führte sich gleich lustig ein. „Grüß Gott, liebe Leute, habts noch ein Plätzle für a jungen Freier?“ Alles lachte. Wir rückten zusammen und ein Plätzle war gefunden. Nun kam Leben in die Bude. Der alte Bursche hatte sicher seine 60 Jahre auf dem Rücken, aber sein Mundwerk ging flott wie das eines wirklichen „jungen Freiers“. Er entpuppte sich nach und nach als ein regelrechter Spötter. Es dauerte gar nicht lange, da war der alte Bauer die Zielscheibe seines Spottes. Wie er ihm die Wahrheit sagte, mit einem Gesicht, dem man kaum ansah, ob es Ernst oder Späß sei! Bald schallte fröhliches und schadenfrohes Lachen durch unser Abteil. Daß er es dem wohlgenährten Bauern tüchtig gab, war uns recht. Stand uns

doch noch allen in frischer Erinnerung, was wir von jenen harten, geizigen Leuten erduldet. Mit einemmal wußte ich auch, wo ich die müden Augen, die mich vorhin so lange angesehen, schon sah. So haben wir Frauen in der Kriegszeit ausgeschaut. In der Fabrik, auf der Straße, überall der müde Blick. Ich selbst habe den müden Blick gehabt. Die Sorge hatte sich in unsere Augen eingenistet und ist bei vielen ständiger Gast geblieben. Drüben, neben der Bauernfrau, sah solch ein Menschlein, das die Sorge noch mit sich herum schleppte. Gern hätte ich ein Gespräch mit ihr angefangen, wußte nur nicht den Anfang zu finden. Ob sie ahnte, was ich wollte? Wir sahen uns an, jedes den Wunsch, zu sprechen.

Da rutschte die „Gleichheit“ von meinem Schoß, und bevor ich sie aufheben konnte, war mein Gegenüber schon bei mir und reichte mir das Blatt. Und dann waren wir plötzlich in ein Gespräch vertieft. Worüber wir sprachen? Nicht über das Wetter, keine leeren Worte. Sie war Genossin. Das genügte, um Gesprächsstoff zu finden. Wir sprachen ungeniert über den Inhalt der „Gleichheit“, über die Frauenbewegung. Wie sie Bescheid wußte! Ich hätte nie in diesem blauen Frauchen mit den müden Augen so viel Geist, so viel Wissen vermutet. Ihr Reiseziel? Zu ihrem kranken Jungen, der wegen Arbeitslosigkeit ins Ruhrgebiet gewandert und dort krank geworden. Jetzt erst merkten wir, daß wir beide die Unterhaltung allein führten. Der alte Spottvogel hörte andächtig zu.

Dann trat eine Pause in unserem Gespräch ein. „Erzählts weiter, Fraule, i bin derweil Publikum. Sprichts nur!“ Wir folgten seinem Rat. — Bald war mein Reiseziel gekommen, ich mußte aussteigen. Wir drückten uns die Hände, gaben

listischen Gemeinnsinn" (Dörlitzer Programm, Abs. 8) erreicht werden soll.

Aus dem hier behandelten Allgemeinen Teil ergeben sich dann im Programm die Sonderforderungen für die einzelnen Gebiete des öffentlichen Lebens, die die SPD. durchzuführen hat, die hier im einzelnen nicht behandelt werden können. Nachdem der allgemeine Teil das wirtschaftliche Ziel aufgedeckt hat, folgen ihm zunächst die Spezialgebiete, die die wirtschaftlichen Forderungen enthalten, Wirtschaftspolitik, Finanzen, Sozialpolitik, und dann die Forderungen, die sich an die Ausgestaltung des Staatslebens, als dem Rahmen der wirtschaftspolitischen Kämpfe, wenden: Verfassung und Verwaltung, Gemeindepolitik und Rechtspflege und zum Schluß die Kultur- und Schulpolitik. Ich habe zunächst das auf diesen Einzelgebieten Bestehende behandelt, sein geschichtliches Werden und seine Wirkungen gezeigt, und dann gesagt, warum die Sozialdemokratie Neues fordert. Ich will das zum Abschnitt Kultur- und Schulpolitik, weil ich annehme, dieser Abschnitt interessiert Frauen besonders, in Stichworten zeigen (den Absatz über die Religion übergehe ich der Kürze wegen).

Die Schule der bürgerlichen Gesellschaft vermittelt die für den Erwerbsberuf in der bürgerlichen Gesellschaft notwendigen Kenntnisse. Sie trennt die Kinder der arbeitenden Klassen von denen der anderen und vermittelt ihnen nur die für die Lohnarbeit unentbehrlichen Kenntnisse. Aber auch die Kinder der anderen Klassen erhalten keinen Begriff ihrer zukünftigen Verantwortlichkeit gegenüber ihrem Volk. Die Sozialdemokratie will eine wahre Volks- und Menschengemeinschaft herbeiführen. Sie kann das nur, wenn die Schule die Kinder zu bewußten Gliedern einer solchen Gemeinschaft erzieht. Das ist nur möglich in einer Schule, die Lebens- und Arbeitsgemeinschaft der Jugend ist, nur möglich, wenn die Volksgemeinschaft das oberste Erziehungsrecht hat, nur möglich, wenn die Arbeiterschaft, die am stärksten sich für die Herbeiführung einer solchen Gemeinschaft einsetzt, teil hat an allen Kulturgütern. —

Der Abschnitt Völkerbeziehung und Internationale ist zu bedeutend, um hier noch kurz behandelt werden zu können.

Zur Technik der Kurse: In Neudöfln nehmen 30 Frauen teil, die richtige Zahl, um möglichst viele teilnehmen zu lassen, ohne die bei einem so schwierigen Thema notwendige enge Fühlung zwischen Vortragendem und Hörer zu stören. Besteht diese Fühlung, dann können alle Schwierigkeiten der Sache überwunden werden!

Ein Lob der agitatorischen Kleinarbeit

Ein herrlich Ding ist der Heldentod für eine große Sache. Alle Achtung und Ehre den Helden, die Blut und Leben ihrer Ueberzeugung furchtlos ohne Zaudern opferten! Aber das glaube ich: das Opfer eines ganzen kampfreichen Lebens ist ein größer Ding als solch ein Heldentod.

Arbeiten Tag für Tag ohne Raft, ohne Ruh;
einen Pfad wandern, dessen Ende man nicht sieht;
mit stetem Tropfen den Stein höhlen, der sich menschliche Gleichgültigkeit nennt;

der Gegenstand von Schmähung und Verfolgung sein;
Gesinnungsgenossen gewinnen Mann bei Mann, Streiter um Streiter, und sie dann festhalten, einig, organisiert, diszipliniert;

sein Ohr nicht leihen den Intrigen und Verleumdungen;
fähig sein, sich fernzuhalten von all der menschlichen Kleinlichkeit und Nichtigkeit, die in unser Herz Reid, Haß, Langeweile träufeln könnten;

ohne Ruh, ohne Raft leben im Dunkel der Unberühmtheit, der großen Masse, und dann geräuschlos sterben — im Hospital vielleicht — vergessen, begraben vom Tode —

dies alles vollbringen und all das ertragen, ohne den Mut zu verlieren, ohne lau und lässig zu werden im Kampfe, aber leben für ein solches Ideal — das, glaube ich, ist größer, erhabener, schöner als ein geräuschvoller Heldentod.

Und so man mir sagt, einer sei gestorben oder sei fähig zu sterben für die Arbeiterbewegung, so neige ich mein Haupt in Achtung vor denen, die den Mut und die sittliche Kraft haben zu leben für unsere Sache.
C. Miller.

uns gegenseitig gute Wünsche und schieden mit einem kräftigen „Frei Heil“. So, da meldete sich noch einmal der alte Spottvogel. Sich dicht vor den Bauern hinstellend, sagte er ihm: „Laßt nur die Weiberln a mal a lile vernünftig sein, dann gehts uns nimmer so, wie 1914 und all die ganzen Jahre!“

Ich gab ihm noch schnell die Hand und stieg aus.

Minna Lubitz.

Zu neuen Ufern

Siehst du die Rettung winken? Sie kommt von den Bergen, wie immer, wenn du das Haupt hebst.

Du mußt den Kopf heben, Bruder, denn von den Bergen stammt die Rettung. Du mußt nicht auf das Fleckchen Erde starren, auf dem du stehst.

Werkst du nicht, daß dann jeder deiner Brüder ein anderes Fleckchen Erde sieht, wenn er ebenso tut wie du? Du mußt den Kopf heben, du und deine Brüder; ihr müßt nach den Bergen sehen, von denen die Rettung winkt. Wenn Millionen den Kopf heben, sehen alle ein und dieselbe große Sonne. Du mußt den Kopf heben.

Neujahr!

Bei der Lampe trübem Scheine
Sitz ich einsam hier und weine
Während die Maschine lurr.
Horch! — Da tönet Glockenläuten,

Mit dem letzten Schlag der Stunde

Rüstet sich das Jahr zur Flucht.

Böllerschüsse, Gläserklingen

Tönt zu mir hinaus auf Stübchen.

In der Wiege dort mein Bübchen

Ist erwacht von dem Geräusch,

Und hebt an zu fragen gleich;

„Was bedeutet denn das Singen

Und der Schüssel lautes Krachen?“

„Das, mein Kind, bedeutet Freude

Ob des neuen Jahr's Erwachen.

Denn es soll Erfüllung bringen.

Jeder, der lab sein Begehren

Unerfüllt im Jahr, dem alten,

Der vertraut es jetzt dem neuen,

Daß die Wünsche es gewähre,

Daß es sie gewäh' im Traum.“

„So! Dann wünsch ich beim Erwachen

Dir ein schönes neues Haus!

Und dazu ein „Tischlein deck dich“,

Gelt? Dann sind wir fein heraus.

Oh! wie werden wir dann lachen!

Brauchst dann nicht in einem lort

Stich an Sticklein anzureihen,

Denn es fehlt uns dann kein Brot.“

Seine müden Augenlider

Sinken auf die heißen Wangen,

Noch im Schläfe huicht ein Lächeln

Um das kleine Rollenmündchen. —

Sieht im Traum er's „Tischlein deck dich?“

Die Ursachen der politischen Interessenslosigkeit der Frau

Wenn man das vergangene Parteijahr überblickt, zeigt sich überall das erfreuliche Ergebnis einer Zunahme an männlichen Parteimitgliedern. Die Zahl der Genossinnen aber hat sich nicht nur nicht erhöht, sie ist sogar nach dem Bericht des Parteivorstandes in Görlich zurückgegangen. Woran liegt das?

Längst hörte ich eine Frau sagen: „Wir Frauen bestehen aus lauter Pflichterfüllung!“ Ja, die Frau weiß, daß sie schwere Pflichten zu erfüllen hat als Hausfrau, als Mutter. Die Arbeiterin kennt und erfüllt getreulich ihre Pflichten dem Unternehmer, der Maschine gegenüber; aber sie vergißt, daß sie auch noch eine andere große Pflicht hat, die der Allgemeinheit gegenüber. Gerade als Hausfrau, Mutter oder Arbeiterin muß sie sich um das öffentliche und politische Leben kümmern. Für die meisten Frauen hat sich die politische Betätigung erschöpft, wenn sie am Wohltag ihre Stimmen abgegeben haben.

Das ist eine schwere Pflichtverletzung, die sich die Frauen zuschulden kommen lassen.

Die ganze Sozialgesetzgebung schreitet nach Vollendung, nach Neugestaltung, nach der Mitarbeit der Frau. Und trotzdem die große Interessenslosigkeit der proletarischen Frau gegenüber den Ereignissen des öffentlichen und politischen Lebens? Wie ist das möglich?

Die Ursachen dazu liegen tiefer. Nicht allein in der Belastung mit häuslichen Pflichten ist der Grund zu suchen, sondern in der Hauptsache an der falschen Erziehung unserer schulentlassenen Mädchen. Der junge Mann wählt sich einen Beruf, von dem er weiß, daß er ihn sein Leben lang ausüben muß und von dem er hofft, daß er ihn notdürftig ernährt. Darum kümmert er sich — wenigstens ein großer Teil — um alles, was ihm nützen oder schaden kann. Er sieht die Feinde, die ihm sein Brot schmälern wollen, die ihm mit schlechten Befehlen die Hände binden wollen und er wehrt sich dagegen.

Das junge Mädchen dagegen überläßt es immer noch meist dem Zufall, welchem Beruf er sie zuführt. Es ist ihr gleich, welchen Beruf sie ausübt, meint sie doch, daß es sich nur um wenige Jahre handelt, bis sie verheiratet ist, dann hat sich ihre Berufstätigkeit erledigt. Darin liegt der Hauptirrtum der Erziehung. Unsere jungen Mädchen sehen leider alles unter dem Gesichtswinkel der Verheiratung. Darum hängen sie nicht an ihrem Beruf, sehen nicht die Gefahren, die ihm drohen, oder sind zu träge, ihnen zu steuern. Ihre Zukunft interessiert sie nur insoweit, ob sie einen Mann bekommen. Was aus ihnen wird, wenn sich diese Hoffnung nicht erfüllt, daran denken sie nicht. So sind sie, wenn sie wirklich in die Ehe kommen, nicht an politisches Denken gewöhnt. War dies bisher schon verwerflich, so ist es in dieser Zeit und in Zukunft doppelt schlimm. — Unsere Mädchen werden sich in der heutigen Zeit notgedrungen mit der Tatsache abfinden müssen, daß in bezug auf Verehelichung viele berufen, aber nur wenige auserwählt sind, denn der Prozentsatz der unverheirateten Mädchen wird noch um ein Gewaltiges steigen. Unter dem Druck dieser Tatsache werden sie ihren Beruf wählen müssen, nicht mehr leichtsin ohne viel Ueberlegung, sondern nach Neigung und Veranlassung. Sie werden die Ursachen der Hemmungen zu erkennen sich bemühen, die sich ihrem Schaffen in den Weg stellen und sich so auch einen gewissen Weitblick und Interesse für die Dinge des öffentlichen Lebens aneignen. Die Mädchen, die unter solchem Gesichtspunkt das Leben betrachten, werden auch als Frauen nicht mehr so interessenslos beiseite stehen, sondern sich in die Gedankenwelt des Mannes einfühlen und Seite an Seite mit ihm im Kampfe stehen.

Wenn wir also die geistige Trägheit der Frau bekämpfen wollen, müssen wir vor allem den Sinn unserer jungen Mädchen von den Nichtigkeiten des Lebens auf die wirtschaftlichen und politischen Geschehnisse lenken und dürfen nicht dulden, daß sie ihr Leben von Anfang an gedankenlos auf den Mann einstellen.

Marie Schulze.

Aus unserer Bewegung

Zum Thema Frauenbewegung

Angeregt durch den Bericht über die Reichsfrauenkonferenz in Görlich möchte ich zu obengenanntem noch einmal das Wort ergreifen. Jeder Sozialist — ob Mann oder Frau —, dem eine starke Frauenbewegung am Herzen liegt, muß mit tiefstem Bedauern hören, daß die Zahl der weiblichen Mitglieder in den letzten beiden Jahren so auffallend zurückgegangen ist. Woran

liegt das und wie können wir das abhelfen? Ich möchte nun die Schuld der Frau selbst heute nicht erörtern, sondern auf den in Görlich ausgesprochenen Gedanken eingehen, daß ein großer Teil der Schuld an dem Rückgang der Frauenbewegung in der Haltung vieler Männer liegt.

Es ist tief bedauerlich, wenn Sozialdemokraten, die schon lange in der Bewegung stehen, mit ihren Frauen über politische Dinge überhaupt nicht reden, sie als untergeordnetes Wesen betrachten, mit dem man nur ein Gespräch über die alltäglichen Angelegenheiten des Lebens führen kann. Noch bedauerlicher ist es aber, wenn Genossen ihre Frauen, die sich gern politisch aufklären lassen möchten und die sich geistig aus dem ewigen Einerlei des Haushaltes zu erheben wünschen, abhalten, die Frauenversammlungen zu besuchen. Wie oft haben wir schon Frauen zur Antwort gegeben: „Wir würden so gerne kommen, aber unsere Männer wünschen das nicht“. Wie oft müssen Frauen von ihren eigenen politisch organisierten Männern hören: „Was willst Du denn in einer Versammlung, das verstehst Du ja doch nicht!“ Leider lassen sich noch viele Frauen dann einschüchtern und bleiben zu Hause. Noch haben leider viele nicht den Mut, dem Manne ihre Gleichberechtigung zu beweisen.

Noch schlimmer ist es aber, wenn manche Ortsvorstände oder führende Genossen der Frauenbewegung gleichgültig gegenüberstehen. Leider ist es ja so, daß die Frau im allgemeinen, die bis zur Revolution politisch unmundig war und keine Rechte hatte, nur in Ausnahmefällen aus sich heraus schaffen wird, wenn ihr eigener Mann oder andere Genossen ihr nicht freudig den Weg zur Gleichberechtigung zeigen. Und es kommt leider noch oft vor, daß auch führende Genossen der einzelnen Ortsvorstände die Frauenbewegung, die Gleichberechtigung mit „freundlichem Wohlwollen“ aber doch etwas ironischem Lächeln „anerkennen“, daß sie unter sich über die Annäherung der Frau, den Männern gleichwertig zu sein, spötteln, daß sie die Meinung der Frau wohl anhören, aber doch dann ruhig im Sinne der Männer zur Tagesordnung übergehen. Die Frauen fühlen sehr bald, daß ihnen nicht eine freudige Anerkennung als gleichwertige Mitarbeiterin und Mitstreiterin zuteil wird, sondern daß sie bei vielen Männern nur geduldet werden, weil es im Programm, in den Statuten so steht. Das Bewußtsein, nur „wohlwollend geduldet“ zu werden, lähmt aber die Frauenbewegung und läßt wertvolle Kräfte in der Frau brach liegen. Es dämpft auch die Freude und den Arbeitseifer derjenigen Frauen, die sich mit ganzer Seele die Aufgabe gestellt haben, ihr eigenes Geschlecht politisch aufzuklären und geistig reifen zu lassen.

Wenn unsere Frauenbewegung in Kolberg — in dem dunklen und reaktionären Winkel Hinterpommerns — so erfreulich vorwärts schreitet, wenn wir Frauen alle mit so großer Freude und Liebe uns der Aufklärung für den Sozialismus widmen und arbeiten, so haben wir das nicht zum wenigsten unserem Parteivorstand zu verdanken, und es ist dringend zu wünschen, daß es allerorts so wäre.

Gertrud Bannwarth.

*

Frauenkonferenz der Provinz Brandenburg

Im Parteihause Berlin SW, Lindenstr. 3, fand eine Frauenkonferenz der Provinz Brandenburg statt, die mit 24 Frauen als Vertreterinnen der Unterbezirke als gut besetzt anzusehen war. Ferner waren anwesend die Abgeordnete Genossin Ryneck und Genossin Simon und die Genossin Matschke als Leiterin der Frauenorganisation.

Nach kurzen Begrüßungsworten gab die Genossin Matschke einen Ueberblick über die augenblickliche politische Lage.

Der Ausfall der vergangenen Wahlen hat uns klar gezeigt, welche Wege wir einzuschlagen haben. Die Frauen hängen immer noch allzu leicht den Rechtsparteien an, zum Teil auch solche, die Not und Elend in kräftigster Form über sich ergehen lassen müssen und deshalb zu uns gehören. Diese machen dann die Sozialdemokratie für die Fehler verantwortlich, die sie selbst durch Abgabe eines deutschnationalen Stimmzettels heraufbeschworen haben.

Hier müsse nun unsere Agitation einsetzen. Öffentliche Versammlungen haben mehr Erfolg, wenn sie mit einer Hausagitation Hand in Hand gehen. Auch ist es wertvoll, daß in diesen Versammlungen Frauen zu Frauen sprechen. Hat die Genossin noch nicht den Mut oder die Begabung, einen kurzen Vortrag zu halten, dann soll sie sich wenigstens in der Diskussion zum Wort melden, und die immer wiederholten Versuche, längere Zeit zu reden, werden schließlich einen Erfolg bringen.

Ueberall müssen Frauenabende ins Leben gerufen werden, und wo diese bereits bestehen, sind sie mehr und mehr auszubauen.

Die Frauenabende sollen nicht planlos mit Vorträgen ausgefüllt, sondern nach bestimmten Richtlinien müssen die Frauen nach und nach in den Sozialismus eingeführt werden. Bei allen Zusammenkünften weist man auf die „Gleichheit“ als das Organ der Frauen hin und suche Leserinnen zu gewinnen. Weiter ist es notwendig, daß sich die Frauen auch auf sozialem Gebiet betätigen und zeigen, daß sie wirkliches Verständnis für die Not des Volkes besitzen. Gleichzeitig ist überall auf die Errichtung von Ortsstellen für Kinderwohl zu dringen und dabei nach den in den SPD-Nachrichten vom Oktober 1921 und in der „Gleichheit“ vom 1. November festgelegten ausführlichen Richtlinien zu arbeiten.

Anschließend an die Frauenkonferenz fand ein dreitägiger Rednerinnenkursus statt, wozu als Lehrende der Genosse Curt Heinig und die Genossin Juchacz gewonnen waren. Der Genosse Heinig unternahm es in den ihm zur Verfügung stehenden neun Stunden, den Genossinnen zu zeigen, wie sie einen Vortrag aufzubauen und wie sie mit kritischen Augen einen Zeitungsartikel zu lesen haben. Unser Görtlicher Programm wurde als Grundlage zu einem Vortrag genommen und von den Genossinnen ausgearbeitet und vorgetragen. — Die Genossin Juchacz sprach in sechs Stunden über das Jugendwohlfahrtsgesetz mit Anleitung für den Verkehr mit Behörden und über die §§ 218, 219 und 220 des StGB.

In der Diskussion sowie in den Fragestellungen der Zuhörer zeigte es sich, daß unsere Genossinnen den trefflichen und allgemeinverständlichen Ausführungen der Referentin voll und ganz folgen konnten. Wir können nunmehr mit Freude und Genugtuung einen Etat von tüchtigen Rednerinnen verzeichnen.

* Anna Matsche.

Der sozialdemokratische Parteitag für den Bezirksverband Schleswig-Holstein wurde auch in diesem Jahre eingeleitet durch eine Konferenz der sozialdemokratischen Frauen. Sie wurde in den Blumenfelden in Altona durch die Genossin Louise Schroeder eröffnet. Wir Schleswig-Holsteiner, führte Genossin Schroeder aus, dürfen stolz darauf sein, daß wir zu dem Mitgliederverlust nicht beigetragen, sondern im Gegenteil einen Zuwachs von 350 weiblichen Mitgliedern zu verzeichnen hatten. Die Zahl der Abonnentinnen der „Gleichheit“ hat ständig zugenommen. Sie betrug am Ende des Berichtsjahres in unserem Bezirk 1700 und wick heute noch weit größer sein. Die Schulung unserer weiblichen Mitglieder hat im letzten Jahre erfreuliche Fortschritte gemacht.

Sodann sprach Genossin Rynell-Berlin über „Sozialdemokratische Frauen- und Wohlfahrtsarbeit“. Sie gab einen kurzen Überblick über die Entwicklung der sozialdemokratischen Frauenbewegung und ihre Arbeit und Erfolge in der letzten Zeit. Besonders die Wohlfahrtsarbeit wurde von ihr erwähnt. — Dann folgte nach einem Bericht der Mandatprüfungskommission und einer lebhaften Debatte das Referat der Genossin Toni Pfäls-München über „Die Kulturforderungen in unserem neuen Parteiprogramm“. Die schönen und klaren Ausführungen der Genossin Pfäls behandelten zunächst die heutige Wirtschaftsform und ihr Verhältnis zur Kultur der Gegenwart. Die Rednerin ging dann auf das Verhältnis von Staat und Kirche und besonders eingehend auf die Schul- und Erziehungsfragen ein. Auch das kommende Reichsjugendwohlfahrtsgesetz wurde erörtert, ebenso allgemeine Bildungsfragen. Lebhafter Beifall dankte ihr. Mit einem eindrucksvollen Appell der Genossin Schroeder an die Arbeitsfreudigkeit der Frauen schloß die Tagung.

*

Der Bezirk Nordwest hatte zum erstenmal seit 1½jährigem Bestehen die tätigen Genossinnen zu einer Bezirkskonferenz zusammenberufen. „Nordwest“ hatte im letzten Berichtsjahr eine Zunahme von 2262 weiblichen Mitgliedern und damit eine Gesamtzahl von 21 794 weiblichen Mitgliedern erreicht neben 77 246 männlichen Mitgliedern — ist also an Zahl der stärkste Bezirk der Partei. Die Stimmung der Konferenz war Arbeits- und Kampffreude. Genossin Bohm-Schuch sprach über „Die Stellung der Frau im Staats- und Wirtschaftsleben“ und wies den Weg, durch machtvolle politische Organisationen die deutsche Verfassung zur lebendigen Wirklichkeit zu gestalten, verstand es auch, allen Hörerinnen die Wichtigkeit politischen Wissens zu zeigen, und ihnen die gesetzgeberische Tätigkeit der Abgeordneten wie die richtige Erfüllung der staatsbürgerlichen Pflichten allen nahezu legen. Die Vorarbeit zur Aenderung des Familienrechts und Sicherung der Einheitschule begegnete größtem Interesse. Genossin Reiche lenkte dann in kurzen klaren Ausführungen alle Gedanken auf den Ausbau und die Festigung der Organisation. Sie gab vor allem

praktische Anleitung zur Sammlung von Agitationsmaterial, besonders örtlicher Natur, und empfahl in jeder Weise Planmäßigkeit zur Erleichterung unserer Vereinsarbeit, besonders im Hinblick auf die Notwendigkeit, daß die kleinen Ortsvereine für ihre Zukunft die besten rednerischen Kräfte aus den Städten in Anspruch nehmen. Beide Rednerinnen ernteten großen Beifall.

Am zweiten Tage sprach Genosse Korell (Hamburg) über „Staatliche und private Wohlfahrtspflege“ und legte die Aufgaben der Arbeiterwohlfahrtspflege dar. Ueber „Partei und soziale Fürsorge“ und über unsere zielbewusste Mitwirkung in der staatlichen Wohlfahrtspflege sprach Genossin Bierzbizki. Durch bewußt kritische Mitarbeit in der Wohlfahrtspflege wollen wir die Ursachen der sozialen Mängel bloßlegen und die Mängel und Fehler in Gesetzgebung und Verwaltung durch unsere Partei bekämpfen, bis die sozialistische Wirtschaftsordnung die Fürsorgetätigkeit überflüssig macht.

Die aufmerksamen Hörer und Hörerinnen dankten durch eine besonders lebhafteste Aussprache und am Schluß der Konferenz konnte Genossin Horder (Bremen) in hoffnungsfreudigen Worten das sieghafte Fortschreiten der sozialdemokratischen Frauenbewegung feiern.

*

Nach langer Pause wurde kürzlich in Chemnitz eine Konferenz der organisierten Frauen des Agitationsbezirks Chemnitz abgehalten.

Landtagsabgeordnete Genossin Helene Wagner begrüßte die sehr zahlreich erschienenen Genossinnen im Namen des Bezirksvorstandes und erteilte dann der Reichstagsabgeordneten Genossin Minna Schilling, Döbeln, das Wort zu ihrem Vortrage über „Die politischen Aufgaben der Frauen“. Unsere Aufgabe muß es sein, führte sie aus, die durch die traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse verärgerten Frauen aufzuklären. Es muß immer und immer wieder darauf hingewiesen werden, daß der verlorene Krieg und die Erfüllung des Friedensvertrages Schuld an unserem unsagbaren Elend sind. Die Kriegs- und Revolutionsgewinnler arbeiten darauf hin, alle Lasten auf das arbeitende Volk abzuwälzen. Die Frauen müssen zu ihrem Teil dafür sorgen, daß wir eine sozialistische Mehrheit in Reich, Staat und Gemeinde bekommen.

Am zweiten Teil ihres Vortrages behandelte die Referentin die Wohlfahrtspflege in ihren einzelnen Teilen, Mütter- und Säuglingschutz, Kleinkinder-, Familien-, Wohnungs- und Trübsfürsorge, Mütterberatungsstellen. Sie forderte zur Bildung von Wohlfahrtsausschüssen auf, wo sie noch nicht bestehen. Genossin Schilling schilderte auch die Not der Frauen, die heute noch im Erzgebirge für einen Hundelohn ihre Heimarbeit verrichten.

Eine interessante Aussprache schloß sich dem Referat an. Es wurde aufgefordert, überall Frauenabende einzurichten. Nach sechsstündiger Verhandlungsdauer schloß die Genossin Wagner die Konferenz mit der Aufforderung, daß die Genossinnen ihre ganze Kraft einsetzen sollten, um für die Partei neue Kämpferinnen zu gewinnen und der „Gleichheit“ neue Leserinnen zuzuführen.

Anna Metzger, Chemnitz.

Wohlfahrtspflege

Schulpeisung

Die Quäler sehen ihre Tätigkeit in Deutschland für beendet an, sie sind dabei aber nicht der Ansicht, daß die Schulpeisung unterernährter Kinder damit aufhören soll, sie soll vielmehr an deutsche Verwaltungsstellen überführt werden. Zu diesem Zweck ist bei dem Zentralausschuß für die Auslandshilfe ein Unterausschuß für Kinderpeisung gebildet worden. In den bisherigen Beratungen ist als eine der Hauptforderungen vertreten worden, daß die Schulpeisungen Aufgabe der Jugendämter sein müssen, daß aber von den Jugendorganisationen Helfer gestellt werden können. Ueber die Organisation dieser Arbeit und ihre Bedeutung für die Arbeiterwohlfahrt läßt der Hauptausschuß den Unterausschüssen durch ein Rundschreiben nähere Mitteilungen zugehen.

*

Reichsfürsorgekonferenz

Am 20. und 21. November tagte in Berlin der Zentralverband der Invaliden und Witwen Deutschlands, der sich in seinen Verhandlungen vor allem mit der Not der Arbeitsinvaliden und Sozialrentner befaßte. Es wurden soziale Maßnahmen, auch verwaltungstechnischer Art, gefordert, die aus allen unglücklichen und Bedürftigen vollberechtigte Staatsbürger zu machen geeignet sind.



Die
vollkommenen
Biere
ENGELHARDT

Seit
70 Jahren
ist
San.-Rat Dr. Strahl's
Haussalbe
b. Hautausschlag, Flechten, Bein- und Krampfadergeschwüren, Frostschäden, Hämorrhoiden ein bestbewährtes und schnellheilendes Mittel.
Original-Dose
4,90, 9,-, 17,40 Mk.
Elefant-Apothek,
Berlin SW., Leipziger Str. 74
am Dönhofsplatz.
Zentrum 7192

Strumpfwaren
kauft man jetzt noch sehr
preiswert und billig im
Strumpfhhaus „Werba“
Berlin, Kottbuler Damm 72
Ecke Lenaufraße

Chemische Waschanstalt u. Färberei
Reinigung und Reparatur von Herren- und Damen-Garderoben, Zimmer- und Dek.-Stoffen, Gardinen, Spitzen usw.
OSWALD NAEFE
Fabrik Britz, Rudower Straße 34,
Fernsprecher Nr. 208
Filialen in allen Stadtteilen v. Groß-Berlin
Ausführung in kürzester Zeit
Eilsachen in 3 Tagen

Wer vor-
teilhaft
Möbel,
Teppiche, Gardinen, Kronen,
Dekorations- u. Wirtschafts-
gegenstände, auch Kleidungs-
stücke und Bettwäsche ge-
braucht, oder solche günstig
verkaufen will, wende sich
vertrauensvoll an die
Althandlung v. Ludwig Nicolai,
Berlin SW. 61, Bärowaldstr. 48.
Schriftliche Angebote werden
prompt erledigt. — Ankauf
auch von Gold, Silber und
sonstigen Wertgegenständen.

Nasen- u. Gesichtsröte, rote Hände
beseitigt, blütenzarter Teint, weiße, glatte
Haut werden in kürz. Zeit erreicht durch
mein, altbew. unübertroff. Krem „Para“.
Sommerprossen, Mitesser, Pickel, Runzeln und Fältchen
verschwinden. Rote und grobporige Haut wird schnell be-
seitigt. Tube 3,-, Doppeldose 5,-, **Drogen-Haus**
H. Bocatus, Berlin N., Elsasser Straße 55.

Beinleiden
offene Füße, Flechten,
Venenerkrankungen,
Hautjucken, alte Wun-
den, Haemorrhoiden,
Hautleiden, wunde u.
rissige Haut, Pickel,
Nervenschmerzen
etc. heilt selbst l. d.
hartnäckigst. Fällen




Duvel-Salbe
Ein unschätzbare Haus-
mittel, welches auch bei d.
heftigsten Schmerzen u.
Jucken, sofortige Lin-
desung u. Heilung bringt.
Sch. 2,50, 6,-, u. 14,-, in
d. Apotheken, wo nicht,
bestelle man direkt an
Laborator. Nitros,
Berlin NO. 18 7
Gr. Frankfurter Str. 80.

Pa. Kernfellen
Pa. Tolleffellen
Pa. Badeeffellen
Bürstenwaren
Liefert billigst **Max Vogel**,
Hohenstein-Ernstthal,
Altmarkt 7.

Hausfrauen spart Gas!
Warum ärgern Sie sich über Ihr?
schlechtbrennendes Licht
Vorbel mit
den enorm **hohen Gasrechnungen!**
Sie erhalten durch mich einen neuen Gasapparat, welcher
in keinem Haushalt fehlen darf.
Vermöge dieser einfachen, praktischen und konkurrenz-
losen Billigen Vorrichtung, welche durch jedermann
spielend leicht an jeder Gaslampe befestigt werden
kann, ist jeder Gasverbraucher nicht nur in der Lage,
ca 50% Gas (also die Hälfte der Gasrechnung) zu sparen,
sondern er verbessert sogar bei dunklem Brennen die
Heiligkeit des Gaslichtes um ca. 300%.
Die Apparate sind tausendfach erprobt und liegen An-
erkennungen aus allen Kreisen vor.
Versand per 3 Apparate durch Nachnahme in Höhe
von Mk. 26.-
E. A. Bork, Hamburg 19, Eppendorfer Weg 17.
Vertreter an allen Orten gefocht!

Butter und Schmalz
billiger
durch
Reichelt's
BOON
System!
in allen 14-6 Filialen der vereinten Firmen
Loreley Union Reichelt Assmann Ladewig



MI
FU

Gür unferer Kinder